

Macht Inklusion Förderschulen überflüssig?

Bundeskongress der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschulen diskutiert Schulbildung für Kinder mit Behinderung

Hildesheim (bar). Der Bundesverband Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschulen (GGG) hat seinen diesjährigen Bundeskongress in der Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim abgehalten und unter das Thema „Inklusion“ gestellt. Neben Schulbesichtigungen und Arbeitsgruppen stand dabei auch eine Podiumsdiskussion mit niedersächsischen Bildungspolitikern auf dem Programm.

Die 2006 von der UNO-Generalversammlung verabschiedete Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurde 2009 von Deutschland ratifiziert. Wann und auf welche Weise aber die Inklusion im Bildungsbereich erreicht werden kann, ist umstritten.

Die Landesregierung werde im Oktober ein Gesetz einbringen, das Eltern von Kindern mit Beeinträchtigungen ein Wahlrecht einräumt, kündigte Karl-Heinz Klare, bildungspolitischer Sprecher der CDU Fraktion Niedersachsen während des Kongresses an. Ab dem Schuljahr 2012/13 könnten Eltern von Grundschulern selbst entscheiden, ob ihr Kind eine Förderschule oder eine Regelschule besuchen soll. Ab dem Schuljahr 2013/14 solle das Wahlrecht auf die Se-

kundarstufe 1 ausgeweitet werden. Klare betonte, um Eltern die Wahl zu lassen, müssten die Förderschulen erhalten bleiben.

Alle Schulformen sollten jedoch in der Lage sein, inklusiv zu beschulen. Das Land habe eine Million Euro für die Lehrerfortbildung angesetzt. Integrationsklassen müssten gut ausgestattet werden. Wie genau diese Ausstattung aussehen soll – bauliche Veränderungen, technische Ausrüstung, Klassengrößen, Anzahl von Förderlehrern und Sonderpädagogen – dazu könne er noch nichts sagen. Dies müsse in Gesprächen mit den Schulträgern noch geklärt werden. Die Inklusion werde sicher teurer als das bisherige System, „aber das müssen wir bezahlen“.

Ina Korter, bildungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen, sprach sich gegen den Erhalt der Förderschulen aus. Zwei parallele Systeme würden langfristig zu teuer. Vielmehr müsse jede Schule mit einem Förderbudget ausgestattet werden, das es erlaube, auf Kinder mit Beeinträchtigung einzugehen, ohne erst für jedes Kind den genauen Förderbedarf festzulegen und ihm dadurch ein Etikett zu verpassen. Ih-

rer Ansicht nach seien ganztägige Gesamtschulen mit kleinen Klassen für die Umsetzung am besten geeignet.

Mehr Gesamtschulen zu ermöglichen nannte auch Eberhard Brandt, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen, „das beste Rezept“. Die GEW werde Ende des Monats ein Konzept für die inklusive Gesamtschule vorlegen. Andere Schulformen sollten deshalb von der Verpflichtung der Inklusion aber nicht ausgenommen werden.

Es werde höchste Zeit für ein Gesetz, sagte Dörthe Weddige-Degenhard von der SPD-Fraktion. Doch bisher sei im Haushalt außer der einen Million Euro für Lehrerfortbildung kein Geld für die inklusive Schule vorgesehen. Die Kommunen und Schulen dürften aber mit der Aufgabe nicht allein gelassen werden. Viele Lehrer befürchteten, die Umsetzung werde auf ihrem Rücken ausgetragen. Diese Sorge nahm der GGG-Bundevorsitzende Lothar Sack in einer zweiten Gesprächsrunde auf. Die verständlichen Ängste der Lehrer dürften aber nicht als Vorwand dienen, die Umsetzung der Konvention hinauszuzögern; vielmehr müss-

ten Politiker Widerstände gezielt abbauen.

Misstrauen gegenüber dem propagierten Elternwahlrecht äußerte Sibylle Hausmann von der Bundesarbeitsgemeinschaft gemeinsam leben – gemeinsam lernen, einem Elternverband. Wer Förderschulen erhalten wolle, sei nicht bereit, allgemeine Schulen ausreichend auszustatten. Eltern schickten ihr Kind nur dann lieber auf die Förderschule, wenn sie nicht an ausreichende Unterstützung an der Regelschule glauben könnten.

Elternwahlrecht sei ohnehin „Heuchelei“, befand Prof. Dr. Hans Wocken, Professor für Lernbehindertenpädagogik in Hamburg. In einem inklusiven System sei das Wahlrecht überflüssig. Und ein selektives System, das nach Begabungen sortiere, werde durch das Wahlrecht untergraben.

Es gehe bei der inklusiven Schule um einen „radikalen Systemwechsel“. Der erzeuge selbstverständlich auch Ängste. Er erwarte daher von Ministerpräsidenten, Kultusministern oder Bischöfen, dass sie sich „mannhaft“ hinstellten und sagten: „Ich will Inklusion.“